

„Orbán hat seine Rhetorik radikalisiert“

Einblicke in die Politik des ungarischen Premiers gibt der Autor Stephan Ozsváth – Kritik an Europäischer Union



Stephan Ozsváth ist Journalist und Autor. Fünf Jahre lang war er ARD-Korrespondent in Südosteuropa. Ozsváth hat väterlicherseits ungarische Wurzeln und spricht Ungarisch. Zudem studierte er unter anderem Hungarologie.

Was verstehen Sie unter „Pusztá-Populismus“?

Stephan Ozsváth: Unter „Pusztá-Populismus“ verstehe ich die Art und Weise, wie insbesondere Viktor Orbán versucht, an der Macht zu bleiben. Im Wesentlichen geht es darum, dass er ein Bild von Ungarn als David zeichnet, der sich gegen einen übermächtigen Goliath zur Wehr setzen muss. Dieser Goliath kann zum Beispiel ein multinationaler Konzern oder auch die Europäische Union sein. Letztlich geht es ihm darum, ständig einen Konflikt zu schaffen beziehungsweise gegen einen Feind zu kämpfen. Und das nützt ihm, da er so von den großen Problemen des Landes, wie beispielsweise dem völlig maroden Gesundheitssystem oder der überbordenden Korruption, ablenken kann.

Vor 25 Jahren verfolgte Orbán noch eine andere Politik. Wie kam es zu dieser radikalen Veränderung?

Orbán hat eben gemerkt, dass man mit liberalen Positionen, wie er sie zuvor hatte, eigentlich keinen Blumentopf gewinnen kann. Und erst recht keine Wahl. Deswegen hat er einen scharfen Rechtsruck vollzogen. Er bedient nun die Themen, die vorher die ungarische Nachwendepartei „Ungarisches demokratisches Forum“ bedient hat. Da geht es viel um die Heimat. Mittlerweile ist er in seinen Positionen soweit rechts, dass er schon die rechtsextreme Partei Jobbik überholt hat, die Positionen wie die Identitäre Bewegung vertritt. Etwa wenn Orbán von ethnischer Homogenität oder einer christlichen Rückeroberung Europas spricht.

Wie ist das Verhältnis zwischen Orbán und der Neonazi-Partei Jobbik?

Fidesz und Jobbik verhalten sich wie kommunizierende Röhren. Jobbik ist im Moment auf Platz zwei in der Wählergunst. Das ist die einzige Partei, die Orbán ein bisschen gefährlich werden kann. Dorthin gehen Leute, die von Fidesz enttäuscht sind und weder links noch liberal wählen wollen. In dem Maße, in dem sich Jobbik bürgerlicher und gemäßigter gibt, hat Orbán seine Rhetorik in den letzten Jahren radikalisiert und verschärft.

Wie steht Orbán zu Oppositionsparteien im Allgemeinen?

Sein erklärtes Ziel ist, die linken und liberalen Parteien auszumerzen beziehungsweise sie handlungsunfähig zu machen. Aus seiner Partei Fidesz will Orbán ein nationales Kraftfeld machen, wie er selbst sagt. Es soll vor allem diese eine Partei geben. Daneben dürfen zwar weitere Parteien existieren, aber mehr als Garnierung. Die Geschicke des Landes bestimmen soll aber nur eine Partei. In diesem Bemühen ist Orbán schon weit gekommen.

Stand es während Orbáns erster Amtszeit als Ministerpräsident zwischen 1998 und 2002 besser um die Demokratie in Ungarn als heute?

Auf jeden Fall. Orbán hat allerdings schon



Die Reden von Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, hier bei einer Veranstaltung in Budapest im Februar 2017, imponieren auch Horst Seehofer, sagt der Autor Stephan Ozsváth.

FOTO: REUTERS

damals einige Trends erkennen lassen, zum Beispiel im Umgang mit kritischen Journalisten. Er hat eine, wie er es nannte, positive Diskriminierung vorgenommen und hat konservative Journalisten bevorzugt und die anderen von Informationen versucht abzuschneiden. Das ist etwas, was wir heute in Reinkultur erleben.

Sie bezeichnen CSU-Chef Horst Seehofer in Ihrem Buch als „Nachahmer und Fan“ Viktor Orbáns. Inwiefern ist Seehofer „Nachahmer und Fan“?

Orbán bezeichnet sich selbst als Grenzwächter in Europa. Seehofer plappert diesen Mythos nach. Jüngst eben auch bei der CSU Winterklausur im Kloster Seon. Aber das ist natürlich Unsinn. Mit dem Grenzzaun hat Orbán die Route der Flüchtlinge einfach umgelenkt. Auf einen Schlag wurden die Nachbarländer wie Kroatien, Slowenien und auch Österreich destabilisiert. Er hat das Ventil unten zu- und oben weit aufgemacht. Die Flüchtlinge, die schon im Land waren, hat er weitergeschickt.

Wie beurteilen Sie die erneute Einladung Orbáns zur CSU-Klausur?

Orbán wird von Seehofer immer dann eingeladen, wenn er Angela Merkel den Mittelfinger zeigen will. Das ist die Botschaft in der unionsinternen Zeichensprache. Ich finde, dass die Konservativen generell, auch im Europaparlament, da keine besonders glückliche Rolle mit ihrem Orbán spielen. Denn die ungarischen Regierungsparteien

bringen zwölf Stimmen der konservativen EVP-Fraktion. Für diese zwölf Stimmen ist man bereit, so einige Kröten aus Budapest zu schlucken. Dabei hätte man durchaus Druckmittel, denn jeder dritte Arbeitsplatz in Ungarn wird von einem deutschen Unternehmen geschaffen.

Im April stehen Parlamentswahlen in Ungarn an. Wird es einen Machtwechsel geben?

Nein, einen Machtwechsel wird es nicht geben. Orbán wird diese Wahl gewinnen. Manche Auguren sagen auch schon, dass es vielleicht wieder für eine Zwei-Drittel-Mehrheit reichen könnte. Es gibt bereits verzweifelte Versuche der Opposition, dem irgendwie zu begegnen. Auf dem linksliberalen Feld sehen wir kleine Splitterparteien, selbst die sozialistische Partei ist mittlerweile nur noch einestellig in den Umfragen. Da ist wenig zu holen. Von der Philosophin Ágnes Heller gibt es den Vorschlag, man solle sich doch sogar mit den Rechtsextremen von Jobbik absprechen und einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen. Also ein Gegengewicht zu Orbán. Das zeigt auch, wie verzweifelt die Opposition ist.

Ihr Buch endet mit den Worten: „Orbáns Achillesferse ist, dass er seine Kraft aus der Vergangenheit bezieht. Eine positive Vision für Ungarn hat er nicht. Darin liegt eine Chance...“ Die ungarischen Oppositionspolitiker haben diese Chance also nicht erkannt. Die einzige Chance liegt in der Einigung. Es gab solche Versuche in der Vergangen-

heit immer mal wieder, aber letztlich endete das im Streit, und das spielt Orbán natürlich in die Hände. Ebenso nutzt es ihm, dass die EVP die schützende Hand über ihn hält. Was besonders ärgerlich daran ist, dass die wirklich üble Korruption rund um die Regierungspartei Fidesz sowie rund um die Vertrauten von Viktor Orbán mit unser aller Geld finanziert wird, nämlich über EU-Mittel. Das heißt, wir haben so eine perverse Situation, dass die EU dieses Regime letzt-

lich am Leben erhält, das auch immer wieder am europäischen Haus sägt.

Die Fragen stellte Aljoscha-Marcello Dohme

Stephan Ozsváth stellt sein Buch „Pusztá-Populismus. Viktor Orbán – ein europäischer Störfall?“ an diesem Mittwoch, 24. Januar, im Europapunkt Bremen vor. Im Anschluss an die Lesung findet eine Diskussion mit dem Autor statt. Beginn ist um 19 Uhr.

ANZEIGE

Die Premiere der neuen Musikschauspiel „Bremen Tattoo“ sagt

Danke!

Danke für zwei großartige Tage in der ÖVB-Arena an 12.000 fantastische Besucher! Danke für den Applaus und die Standing Ovationen für's neue „Bremen Tattoo“!

Das „Bremen Tattoo“ kommt wieder am 19. und 20.1.2019. Jetzt Tickets sichern bei allen bekannten VVK-Stellen oder www.brementattoo.com. Erleben Sie es selbst!

Tickets mit 5 Euro AboCard-Rabatt:
Nur im WESER-KURIER Pressehaus, den regionalen Zeitungshäusern, unter Tel. 0441-2050920 oder Nordwest-Ticket (Tel. 0421-363636) sowie online: www.weser-kurier.de/ticket oder www.brementattoo.com.

WESER KURIER

BREMEN TATTOO

Pence besucht Klagemauer

US-Vizepräsident beendet Israel-Visite

VON STEFANIE JÄRKL

Jerusalem. US-Vizepräsident Mike Pence hat zum Abschluss seines Israel-Besuchs am Dienstag die Klagemauer in Jerusalem besucht. Zuvor hatte er die geplante Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem als Ausdruck der engen Beziehungen zwischen den USA und Israel bezeichnet. Dies sei „ein greifbares Zeichen unserer beständigen Verpflichtung und unseres Bündnisses mit dem Staat Israel“, sagte Pence bei einem Treffen mit Israels Präsidenten Reuven Rivlin in Jerusalem.

Die Palästinenser streikten aus Protest gegen den Besuch von Pence. Sie protestierten damit auch gegen die US-Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt. Läden und Schulen im besetzten Westjordanland und Ost-Jerusalem blieben geschlossen. Hunderte Polizisten waren nach Angaben der Polizei in Jerusalem im Einsatz. Im nördlichen Westjordanland griffen zwei Palästinenser israelische Polizisten mit Messern an. Die Sicherheitskräfte eröffneten das Feuer und verletzten einen der Attentäter. Die Polizisten blieben unverletzt.

Rivlin warb beim Treffen mit Pence für eine Verständigung mit den Palästinensern. „Trotz der Worte, die Präsident (Mahmud) Abbas erst letzte Woche verwendet hat, müssen wir weiter daran arbeiten, Vertrauen zwischen den beiden Völkern aufzubauen“, sagte Rivlin. Abbas hatte Israel als „koloniales Projekt“ bezeichnet, das nichts mit Juden zu tun habe. Nach der US-Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt Anfang Dezember war es zu Unruhen gekommen.

Weniger Steueroasen

EU nimmt Panama und weitere Staaten von schwarzer Liste

VON MIRJAM MOLL

Brüssel. Die EU-Finanzminister fackelten nicht lange. Kaum waren sie am Dienstagmorgen zu ihrer Sitzung in Brüssel eingetroffen, fiel auch schon die erste Entscheidung. Und die hatte es in sich. Noch vor wenigen Wochen hatten sich die Kassenwärter der Mitgliedstaaten nach langem Hin und Her auf eine schwarze Liste von weltweit Steueroasen geeinigt. Gerade einmal 17 Länder und Gebiete landeten darauf. Seit Dienstag sind es nur noch neun. Der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber machte aus seiner Verärgerung darüber keinen Hehl: „Die schwarze Liste von Steueroasen war von Anfang an ziemlich unglaubwürdig, jetzt ist sie regelrecht lächerlich.“

Tatsächlich wirft die Entscheidung Fragen auf: Denn unter den entlassenen Staaten und Gebieten ist ausgerechnet Panama – jenes Land, das 2016 durch die gleichnamigen Enthüllungen als Heimat von Briefkastenfirmen und Steuerverschiebungen im großen Stil bekannt wurde. Auch Barbados, Grenada, Korea, die Mongolei, Tunesien, die Vereinigten Emirate und die chinesische Sonderverwaltungszone Macao stehen nun offiziell nicht mehr auf der schwarzen Liste, sondern lediglich auf einer „grauen“. Dort sollen sie zwar nicht mehr länger am Pranger, aber dennoch unter Beobachtung stehen. Die Begründung: Die Kandidaten hätten sich nach ihrer freiwilligen Nominierung zu Besserung verpflichtet und wollen ihr Steuerrecht anpassen.

Die besagten Staaten und Gebiete hätten schriftlich „auf sehr hohem politischen Level“ den Umbau ihres jeweiligen Steuerrechts zugesagt, heißt es dazu in einer Mit-

teilung der Finanzminister. Dem Grünen-Europaabgeordneten Sven Giegold reicht das nicht: „Die Finanzminister müssen offenlegen, warum sie acht Steueroasen als vertrauenswürdig einstufen“, verlangte er. „Unsere Liste hat bereits Wirkung gezeigt“, verteidigte der bulgarische Finanzminister Vladislav Goranov dagegen die Entscheidung. „Die EU kann ein Schwergewicht sein, wenn sie nur will“, sagte der SPD-Europaabgeordnete Peter Simon. Der beste Beweis dafür sei, dass sich die acht Länder und Gebiete zur Überarbeitung ihrer „dubiosen Steuerpraktiken“ verpflichtet haben, „ohne dass konkrete Sanktionen im Raum standen“. Tatsächlich drohen den übrigen Staaten und Gebieten auf der schwarzen Liste bislang keine Konsequenzen. EU-Finanzkommissar Pierre Moscovici und auch sein französischer Landmanns, Finanzminister Bruno Le Maire, hatten zwar Strafmaßnahmen gefordert, jedoch ohne Erfolg.

Nach der Schrumpfung von Dienstag umfasst die Liste der Steuersünder damit nur noch Amerikanisch-Samoa, Bahrain, Guam, die Marshall-Inseln, Namibia, Palau, St. Lucia, Samoa sowie Trinidad und Tobago. Einschlägige Steuerparadiese – darunter die Cayman Inseln, aber auch andere Karibikstaaten – fehlten allerdings von vornherein auf der Liste. Innereuropäische Steueroasen gibt es nach Auffassung von Moscovici gar nicht: Schließlich müssten sich die EU-Länder ja an ihre eigenen Regeln halten. Doch Ausnahmefälle wie Malta, dem die EU nach seinem Beitritt Übergangsregelungen gewährt, die einfach nie aufgehoben wurden, locken nach wie vor mit deutlich günstigeren Steuermodellen als die Gemeinschaft eigentlich erlaubt.